

Datenschutzhinweise für Bieter im Vergabeverfahren

Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens verarbeiten wir personenbezogene Daten; nachfolgend informieren wir Sie gemäß Art. 13 DSGVO über Art, Umfang und Zweck dieser Verarbeitung.

1 Verantwortlicher

IFT Institut für Therapieforschung gGmbH
Leopoldstraße 175
D-80804 München

Tel.: +49 89 360804-0
Fax: +49 89 360804-19
E-Mail: ift@ift.de

Gesetzliche Vertretung
Prof. Dr. Eva Hoch, Hubertus Reincke
Geschäftsführung

2 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

IFT Institut für Therapieforschung
Datenschutzbeauftragter
Leopoldstraße 175
D-80804 München

Telefon: +49 89-92896945
E-Mail: datenschutzbeauftragter@ift.de

3 Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der Durchführung des Vergabeverfahrens, insbesondere:

- Bereitstellung und Verwaltung der Vergabeunterlagen
- Kommunikation mit Bietern
- Prüfung und Bewertung der Angebote (Eignung und Zuschlagskriterien)
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- ggf. Zuschlagserteilung und Vertragsanbahnung

Die Verarbeitung der im Rahmen der Eignungsprüfung erhobenen Angaben zu Zuverlässigkeit und rechtstreuem Verhalten erfolgt zur Prüfung von Ausschlussgründen und

IFT Institut für Therapieforschung gGmbH

Seite 1 von 4

Stand: Mai 2026

zur Feststellung der Eignung gemäß den einschlägigen vergaberechtlichen Vorschriften. Soweit die verarbeiteten Angaben einen Bezug zu Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten aufweisen, erfolgt die Verarbeitung ausschließlich im gesetzlich zulässigen Umfang und soweit dies für die Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich ist.

Rechtsgrundlagen:

- Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO (vorvertragliche Maßnahmen)
- Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO (Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen, in Verbindung mit den einschlägigen vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere §§ 97 ff. GWB und der Vergabeverordnung (VgV), insbesondere Vergaberecht)

4 Kategorien verarbeiteter Daten

Im Rahmen des Vergabeverfahrens werden insbesondere folgende Daten verarbeitet:

4.1 Unternehmensbezogene Daten

- Name des Unternehmens
- Rechtsform
- Hauptsitz, ggf. Niederlassungen
- Anschrift
- Telefonnummer
- E-Mail-Adresse
- Bankverbindung

4.2 Personenbezogene Daten

- Namen von Ansprechpartnern
- Funktion/Position im Unternehmen
- Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse)

4.3 Eignungs- und Nachweisdaten

Im Rahmen der Eignungsprüfung werden zudem Angaben verarbeitet zu:

- Beteiligung an Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten (z. B. Korruption, Betrug, Geldwäsche, terroristische Aktivitäten, Menschenhandel, Kinderarbeit)
- ggf. verhängte Geldbußen
- Verstöße gegen rechtliche Verpflichtungen
- wettbewerbswidriges Verhalten (z. B. unzulässige Absprachen)
- Interessenkonflikte
- wirtschaftliche Situation (z. B. Zahlungsfähigkeit, Insolvenzverfahren)
- ordnungsgemäße Entrichtung von Steuern und Sozialabgaben

Soweit diese Angaben personenbezogen sind (z. B. bei Einzelunternehmen oder benannten verantwortlichen Personen), werden diese ausschließlich für die gesetzlich vorgesehene Eignungsprüfung verarbeitet.

5 Empfänger der Daten

Innerhalb der Organisation erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die mit der Durchführung des Vergabeverfahrens befasst sind.

Darüber hinaus können Daten offengelegt werden gegenüber:

- internen Entscheidungsgremien
- Rechnungsprüfungs- und Aufsichtsbehörden
- ggf. Fördermittelgebern
- anderen am Vergabeverfahren beteiligten öffentlichen Stellen
- im Rahmen gesetzlicher Pflichten an berechtigte Dritte

Eine Übermittlung in ein Drittland erfolgt nicht.

6 Speicherdauer

Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies für die Durchführung des Vergabeverfahrens sowie zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten erforderlich ist. Im Regelfall erfolgt die Speicherung:

- für die Dauer des Vergabeverfahrens sowie
- darüber hinaus gemäß den einschlägigen vergaberechtlichen und haushaltsrechtlichen Aufbewahrungspflichten (regelmäßig 6 bis 10 Jahre)

7 Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung der Daten ist für die Teilnahme am Vergabeverfahren erforderlich. Ohne diese Daten kann eine Berücksichtigung im Verfahren nicht erfolgen.

8 Rechte der betroffenen Personen

Betroffene Personen haben das Recht:

- auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- auf Löschung (Art. 17 DSGVO), soweit dem keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen
- auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), soweit einschlägig

9 Beschwerderecht

Es besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat des gewöhnlichen Aufenthaltsorts oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes.

10 Hinweis zur Informationsweitergabe durch Bieter

Die Bieter sind verpflichtet, die von ihnen im Angebot benannten Personen (z. B. Ansprechpartner, Mitarbeitende, Referenzpersonen) über diese Datenschutzhinweise zu informieren.